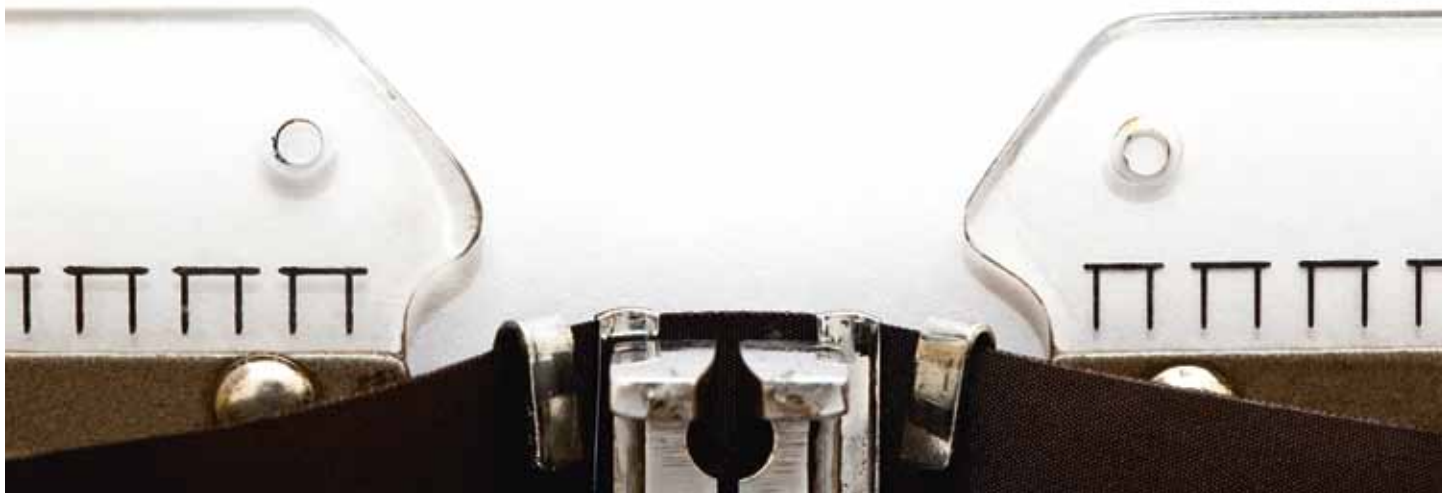


# „Retro-normale Zukunft“? Die schrittweise Aushöhlung pluralistischer Demokratien

VON RUTH WODAK

In der neu überarbeiteten Ausgabe ihres Buchs *Politik mit der Angst* setzt sich die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak mit den besorgniserregenden Verschiebungen im politischen Diskurs der vergangenen Jahre auseinander, die vieles salonfähig gemacht haben, was früher undenkbar war. Die Normalisierung autoritärer und rechtspopulistischer Politik droht demokratische Errungenschaften schleichend, aber nachhaltig zu demontieren.

Read between the Lines!



Vor allem seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ von 2015 sind wir mit großen gesellschaftspolitischen Veränderungen in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern konfrontiert. Die beiden EU-Mitgliedstaaten, die meist als Beispiele herangezogen werden, sind Orbáns Ungarn und Kaczyńskis Polen. Viele PolitikerInnen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene sowie prominente Intellektuelle und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens warnen vor einem europäischen (und sogar globalen) Abdriften in verstärkten (Ethno-)Nationalismus, illiberale Demokratien und Autoritarismus. Damit einhergehen unter anderem systematische Verletzungen von Menschenrechten, internationalen Verträgen sowie Werten und Normen der Europäischen Union bzw. Vereinten Nationen.<sup>1</sup> Die offiziellen Reaktionen der EU sind jedoch zögerlich und folgen bürokratischen, institutionell festgelegten Verfahren.

Die langsame und ambivalente Vorgehensweise der Europäischen Kommission weist auf ein vorerst unlösbares Dilemma hin: Wenn die EU-Institutionen mehr Partizipation ermöglichen und das sogenannte „Demokratiedefizit“ verringern, könnten solche Reformen mehr Au-

tonomie für Entscheidungen auf nationaler Ebene bedeuten, selbst wenn solche Entscheidungen gegen konstitutive Prinzipien der EU verstoßen. Daher argumentiert Kelemen<sup>2</sup>, dass „die EU in ... einem ‚autoritären Gleichgewicht‘ gefangen ist, mit gerade genug gemeinsamer Politik auf EU-Ebene, um lokale Autokraten zu verwöhnen, aber nicht genug, um sie zu stürzen“. Kelemen – recht plausible – Erklärung dieses Paradoxons verweist auf die Bedeutung von „Realpolitik“: „Kurz gesagt, demokratische PolitikerInnen auf föderaler oder Unionsebene können über die Bedenken hinsichtlich des autoritären Charakters der Herrschaft in den Mitgliedstaaten hinwegsehen, solange der jeweilige Regierungschef ihrer Koalition in der föderalen Gesetzgebung die erforderlichen Stimmen liefert“. Die Regierung von Viktor Orbán bietet dafür ein typisches Beispiel.

#### Dialogverweigerung

Solche Veränderungen sind auch in anderen Ländern an deutlich wahrnehmbaren diskursiven Verschiebungen zu bemerken. Hält man sich beispielsweise nicht an die festgelegten Regeln und Konventionen eines Dialogs, ist es unmöglich, sich zu ver-

ständigen oder auseinanderzusetzen; oder gar sich bei wichtigen Entscheidungen darauf zu berufen. Die strategische Ablehnung demokratischer Routinen, garantierter verfassungsmäßiger Rechte (wie der Meinungs- und Pressefreiheit oder der Unabhängigkeit der Justiz) sowie vereinbarter Geschäftsordnungen (etwa im Parlament), von Gesprächsmaximen und Höflichkeitskonventionen erfüllt mehrere Funktionen: Sie soll...

1.) liberale demokratische Institutionen und garantierte Verfassungs- und Menschenrechte – Schritt für Schritt – untergraben;

2.) die Medien durch kontinuierliche Provokation und das Überschreiten von Tabus dominieren (zum Beispiel durch das sogenannte „rechtspopulistische Perpetuum mobile“ oder durch verschiedene Formen von *Message Control*);

3.) getrennte und parallele Diskurswelten durch Desinformation schaffen (Verbreitung von sogenannten „alternativen Fakten“ und Lügen);

4.) Menschen Identifikation und Anerkennung bieten, die sich von den Eliten ungerecht behandelt, nicht angehört und aufgrund gesellschaftlicher Konventionen der politischen Korrektheit diskriminiert fühlen.

Mit anderen Worten: Rechtspopulistische PolitikerInnen polarisie-

ren – gerade, weil sie „schamlos“ sind – die Gesellschaft. Eine solche Ablehnung jeglichen Dialogs leitet, wie ich anderswo ausführlich begründet habe, eine „Post-Scham-Ära“ ein. Diese umfasst populistische und ausgrenzende Rhetorik, Symbolpolitik, digitale Demagogie, „schlechte Manieren“ und eine Form von Anti-Politik<sup>3</sup>, welche systematisch demokratische Institutionen auszuhelven versucht. All diese Faktoren tragen dazu bei, unter einflussreichen PolitikerInnen ein „non-konformes“ Verhalten aufzubauen, das bei ihren jeweiligen KernanhängerInnen oder sogar bei der breiteren Wählerschaft als „authentisch“ ankommt. Der Staat selbst, ja das gesamte politische System wird häufig in einer Weise diskreditiert, die an *Reality-TV* erinnert. Übrigens lassen sich ähnliche Muster der Skandalisierung, des *Politcotainment* und des Verfalls demokratischer Prozesse auch schon in der italienischen Politik der 1990er-Jahre unter der Regierung Berlusconi identifizieren.

#### Schrittweise Normalisierung

Die meisten Verstöße gegen die verfassungsmäßige Ordnung, die sich gegen Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Unab-

hängigkeit des Rechtssystems richten, werden in der Regel nicht explizit angekündigt. Somit fungiert eine Strategie der kontinuierlichen Provokation als Katalysator, als Instrument zur Mobilisierung des „wahren Volkes“. Beispiele in Ungarn, Polen und den USA gibt es im Überfluss: Die sogenannten Reformen werden in kleinen und angeblich unwichtigen Schritten abgesichert, wie bei der Intervention beim Obersten Gerichtshof in Polen, wo die Neubesetzung von RichterInnen auf Lebenszeit durch einen scheinbar banalen Absatz über das Pensionsalter umgesetzt wurde – obwohl die polnische Verfassung eine feste Amtszeit für RichterInnen des Obersten Gerichtshofs vorsieht. In diesem Fall leisteten einige RichterInnen des Obersten Gerichtshofs Widerstand, was für internationale Schlagzeilen sorgte. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der Polen aufforderte, die Maßnahmen auszusetzen und die Richter, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, wieder einzustellen, schlug die regierende PiS-Partei am 21. November 2018 eine Gesetzesänderung vor, mit der sie ihre umstrittenen „Reformen“ zurücknahm. In diesem Fall gelang es also aufgrund der internationalen Kritik und des massiven Widerstands zivilgesellschaftlicher Organisationen, sich undemokratischen und illiberalen Maßnahmen erfolgreich entgegenzustellen.

In diesem Zusammenhang betont Drew<sup>4</sup> die zahlreichen Versuche von Donald Trump, die liberale Demokratie Amerikas zu unterwandern und umzugestalten. Abgesehen von Trumps rassistischen und sexistischen Äußerungen (in der Regel auf *Twitter*), seinen täglichen Lügen und seiner bösartigen Demagogie betont sie, wie das Weiße Haus den Bericht von Sonderberater Robert Mueller über die russische Einmischung in die Präsidentschaftswahlen 2016 systematisch verzerrt hat. Auf diese Weise werde die notwendige Trennung zwischen Justiz und Exekutive ernsthaft gefährdet. Sollte Trump abgewählt werden, werden seine Ernennungen äußerst konservativer Richter in den *Supreme Court* dennoch ein dauerhaftes Vermächtnis bleiben. Offensichtlich

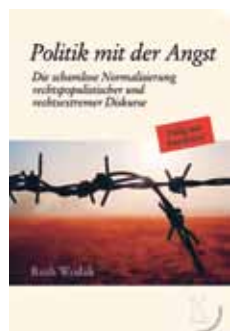


wollen die Republikaner um jeden Preis an der Macht bleiben.

Ein solches Machtdenken führt langfristig gesehen zur Preisgabe vieler vormals wichtiger Werte und Prinzipien; rote Linien werden ohne Vorbehalte überschritten. Man passt sich Schritt für Schritt – manchmal fast unbemerkt, häufig aber recht offen – an früher abgelehnte, ja sogar tabuisierte politische Forderungen und Maßnahmen an. Heitmeyer<sup>5</sup> bezeichnet dies als „rohe Bürgerlichkeit“, als ein „Polittheater der Grausamkeit“. Dies kann, so Heitmeyer, weit in konservative Kreise hineinwirken und einen „autoritären Nationalradikalismus“ zur Folge haben. Die dabei auftretenden Eskalationsprozesse durchlaufen vier Stufen: Provokationsgewinne in den Medien, Raumgewinne auf öffentlichen Plätzen, Räumungsgewinne (etwa Vorgehen gegen Unterkünfte von Flüchtlingen) und Normalisierungsgewinne, bei denen die demokratische Kultur auf der Kippe steht. Solche diskursiven Verschiebungen implizieren *mind-closing narratives*, die offensichtlich an „Bedeutung und Relevanz gewinnen, weil ehemals liberale Politiker hinter Populisten herlaufen.“<sup>6</sup> Die Ablehnung jeglichen Dialogs, kontinuierliche Provokation, Kontrolle der Medien und die anschließenden „blame-games“ oder das Schweigen beherrschen die offizielle Kommunikation. Ein immer stärkerer Nationalismus, ja sogar ethno-nationaler Nativismus ist die Folge. Eine solche Dynamik entspricht einer schrittweisen schamlosen Normalisierung. Der europäische Nachkriegs-Konsens wird zunehmend obsolet, die Grenzen des Sagbaren haben sich signifikant verschoben. Kurzum: *Anything goes!* <

- 1) Grabbe, Heather/Lehne, Stefan: "The EU's values crisis: Past and future responses to threats to the rule of law and democratic principles", in Bevelander, Pieter/Wodak, Ruth (Hg.) *Europe at the Crossroads. Confronting Populist, Nationalist, and Global Challenges*. Lund: Nordic Academic Press, 49–62, 2019.
- 2) Kelemen, R. Daniel: "Europe's other democratic deficit: National authoritarianism in Europe's Democratic Union," *Government and Opposition* 52(2): 211–238, 2017.
- 3) Diehl, Paula: „Antipolitik und post-moderne Ringkampf-Unterhaltung“, *ApuZ*, 67(44–45): 25–30, 2018.
- 4) Drew, Elizabeth: „In Trumps Selbstverherrlichung wird Amerika zur leichten Beute“, *Der Standard*, 5. August 2019.
- 5) Heitmeyer, Wilhelm: *Autoritäre Verschiebungen*, Berlin: Suhrkamp (3. Aufl.), 2018.
- 6) Grabbe, Heather/Lehne, Stefan, "The closing of the European Mind—and how to reopen it," *Carnegie Europe*, March 17, 2017.

**Ruth Wodak** ist emeritierte Professorin für Diskursforschung und Angewandte Sprachwissenschaften an der Lancaster University und Universität Wien. Von Februar bis September 2020 war sie ein Visiting Fellow am IWM. Dieser Text beruht auf ihrer Monografie *Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse*, die im September 2020 in völliger neuer Bearbeitung beim Konturen Verlag erschienen ist (engl. *Original Politics of Fear*. London: Sage 2021).



# Who Governs in Deep Crises?

BY WOLFGANG MERKEL



In a democracy, it is not the government, that is sovereign, but the people. Through free general elections, the people as the first-order sovereign transfers its sovereignty to the parliament. This transfer is temporally limited, typically to one legislative term. In this manner, the parliament emerges as a temporary, second-order sovereign. In parliamentary democracies, unlike presidential systems, the parliament then elects the government. It is only here that the executive as the third-order sovereign comes into play. The parliament, however, is by no means only there to elect the executive; rather, it is the highest lawmaker. In addition, it is tasked with serving as a check on the executive, even when the government has a majority in parliament. Moreover, the parliament as the second-order sovereign is an arena for debate and deliberation. In the Covid-19 crisis, the parliament has neither been an arena of deliberation nor an effective control organ *vis-à-vis* the executive. Up to today, this has been largely supported by the majority of citizens. Here lies perhaps the biggest dilemma for democracy: the demos has been interested above all in the government's output, measured in terms of physical security. The problem here is that this output-centered constellation could easily serve as a blueprint for the next crises to come.

In the Covid-19 crisis, another actor took the center stage: science, especially virologists and epidemi-

ologists. Almost unabashedly, science assumed the role of a fourth-order semi-sovereign. Sovereign is the one who has the knowledge. Because parliament and government have little expertise on questions of health and medicine, they are highly dependent on the counsel of medical experts. It very much matters whom of the experts they follow.

## The compliance of the demos

The first-order sovereign, i.e. the citizens, have shown a great deal of willingness to comply *vis-à-vis* the

alternative solutions. The humanitarian goal to save lives became politically moralized and served implicitly and explicitly as a mode to silence opposition and voicing alternative positions.

In the Covid-19 crisis, however, we have experienced the rebirth of the decisive strongman leader. The democratic paradox of the crisis is the following: the deeper the encroachments on the basic rights of the citizens, the greater the consent of those whose basic rights are being taken away and whose contacts are being banned. The uncritical accep-

theless, we cannot rule out longer-term habituation effects of temporary neo-authoritarian rule among the citizens in the near future, given that we cannot rule out recurring pandemic infection waves or other deep crisis, such as climate change. Are we then going to see government by emergency measures yet again? Media and governments have already found a devastating term for this: "the new normality." This means that the safeguarding of public health from pandemics could lead the government time and again to suspend basic rights and govern in

## Why not to govern the climate crisis in an emergency mode as well?

government and the media stars of the virology scene. The oft-shown gruesome pictures from the clinics of Bergamo and the corpse refrigerator trucks at the back entrances of the hospitals of New York also did their part. Epidemiologists' model-based calculations suggested for worse-case or even normal-case scenarios a bleak picture. However correct or faulty the epidemiological projections might be or might have been, who among the responsible political decision-making elites or compliant citizens could take on the responsibility of consigning tens of thousands of people to their deaths? This posed a moral constraint that prevented political discussion on

tance of restrictions on basic rights and existential economic losses exhibits subtle features of the "authoritarian personality" as described by Erich Fromm and later Theodor W. Adorno. Supposed physical security has trumped individual rights and liberties. The decisionism of Carl Schmitt is, even today, more strongly rooted in our societies even in normal times than the liberalism of freedoms and life chances as advocated by Ralf Dahrendorf (1980).

## Is democracy at risk?

Germany's democracy is not the Hungary of Viktor Orbán, Italy's not the one of Kaczynski in Poland. None-

emergency mode. And: why not to govern the climate crisis in an emergency mode as well? Democracy is at risk if media and governments exclude alternative concepts to emergency policies as immoral. Debates and critique of governance by fear must be legitimate part of pluralist discourse. The critical democratic citizen is in high demand in post-corona democracies. <

**Wolfgang Merkel** is Director em. at the Social Science Research Centre Berlin (WZB) and Professor em. of Political Science at the Humboldt University Berlin. Furthermore, he is a member of the Berlin-Brandenburg Academy of Sciences and Humanities. From September to December 2020 he is a Visiting Fellow at the IWM.